



Donald Trump: Ja, es gibt ein Moslem-Problem!



Der amerikanische Tycoon und potentielle Präsidentschaftskandidat der Republikaner für 2012, Donald Trump, hat vor ein paar Tagen in einem Interview mit CBN News ein beachtliches Statement über den Islam und über political correctness gemacht. „The Donald“, wie der Unternehmer von den Amerikanern genannt wird, sagte darin, dass es sehr wohl ein Moslem-Problem in der Welt gebe und dass die Leute es angesichts der vielen islamischen Terror-Anschläge Leid wären, vor lauter political correctness nicht die Wahrheit zu hören.

Aber sehen und hören Sie selbst:

(Spürnase: Stutt Garter)

Europol: Terrorgefahr durch Flüchtlingsstrom

✘ Europas Polizeibehörde „Europol“ warnt vor islamischen Terroristen, die mit dem sogenannten „Flüchtlingsstrom“ einreisen könnten. In einem Bericht, der am Dienstag im Europaparlament in Brüssel vorgestellt wurde, schreibt Europol: „Die instabile Lage in Nordafrika bereitet Sorge, weil sie Terrorgruppen neue Möglichkeiten bietet, Material und Mitglieder nach Europa zu schleusen.“

Die [Lübecker Nachrichten](#) berichten:

Unter der großen Zahl der Flüchtlinge aus Tunesien und Libyen könnten sich Kriminelle problemlos verstecken. Nach Schätzungen sind inzwischen seit Ausbruch der Unruhen im Januar rund 26 000 Flüchtlinge allein in Italien eingetroffen.

Die Unruhen haben laut Europol die Staaten in Nordafrika destabilisiert und könnten Terrorgruppen neuen Zulauf bringen – vor allem, wenn der Übergang zur Demokratie länger dauere. «Sollten die Erwartungen der arabischen Völker nicht erfüllt werden, könnten als Konsequenz die Radikalisierung und die Unterstützung für Terrororganisationen in Nordafrika und anderen Regionen wachsen», warnt Europol.

Nach Zahlen der Polizeibehörde wurden im vergangenen Jahr 179 verdächtige islamistische Terroristen in der EU festgenommen, das waren 50 Prozent mehr als 2009. Knapp die Hälfte der Verdächtigen seien in die Vorbereitung von Anschlägen in Europa verwickelt gewesen – ein Jahr zuvor habe dieser Anteil erst zehn Prozent betragen. (...)

Den vollständigen Bericht von Europol (EU TERRORISM SITUATION AND TREND REPORT) zur aktuellen Lageeinschätzung gibt es [hier](#).

(Michael Böthel, PI-Lübeck)

Sozialwahlen: KAB und DGB in einem Boot

☒ Bereits in den 1980er-Jahren wunderten sich klassisch-liberale und konservative Katholiken darüber, dass sich katholische Verbände, vor allem die [KAB](#) (Kath. Arbeitnehmer-Bewegung), mit dem linken DGB (Dt. Gewerkschaftsbund) in ein Boot setzen – und nicht etwa mit dem CGB (Christlichen Gewerkschaftsbund). Das zeigt sich besonders bei den Sozialwahlen der Krankenkassen, Sozialversicherungen etc.

(Von Felizitas Küble, Leiterin des KOMM-MIT-Verlags)

Leider hat sich an diesem jahrzehntelangen Missstand bislang nichts geändert. Auch jetzt besteht wieder eine *Listenverbindung* zwischen „Verbandskatholizismus“ und DGB samt Unterorganisationen (z.B. „Ver.di“).

Warum schließen sich KAB und Kolpingverband ausgerechnet mit roten Genossen zusammen – und nicht mit dem bürgerlich-konservativen CGB?

Als Beispiel das [Wahlformular der Barmer Ersatzkasse](#): Sie sehen auf Platz 5 die KAB und Kolping sowie den Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmerorganisationen. Diese drei kirchlichen Verbände befinden sich in einer Listenverbindung (siehe zweite Spalte) mit den Plätzen 3, 4, 6, 7 – also mit dem DGB und seinen Teilgewerkschaften: ver.di, IG Metall und IG Bau.

Die CG-Metall, eine Untergliederung des CGB, steht hingegen

allein (ohne Listenverbindung) und etwas verloren an vorletzter Stelle.

Was wohl Adolf Kolping, der bodenständige und fromme Gründervater des Kolpingwerks, heute zu dieser linken Bündnispolitik seines Verbandes sagen würde?!

» info@kab.de

Zürich: Jeder zweite Kriminelle ein Ausländer

☒ Jeder zweite „Jugendliche“, der in Zürich straffällig wird, ist Ausländer. Die meisten davon sind männlich. Bei 8,3 Prozent (+2,2 Prozent) der Verurteilungen im letzten Jahr ging es um „Delikte gegen Leib und Leben – Körperverletzungen, Raufhandel und dergleichen“. Drohung, Nötigung, Hausfriedensbruch und ähnliche „Delikte gegen die Freiheit“ machten 9,7 Prozent (1,6 Prozent) der Verurteilungen aus. Der Anteil Sexualdelikte blieb bei einem Prozent. Insgesamt ist die Jugendkriminalität im letzten Jahr erstmals wieder zurückgegangen – offiziell natürlich wegen besserer „Sensibilisierung“, nicht etwa wegen verschärfter Ausländergesetze.



Nigeria: Moslem-Mob macht Jagd auf Christen



Nach dem Ausgang der Präsidentenwahlen in Nigeria, bei der der Christ Goodluck Jonathan als Sieger hervorgegangen war, ist es in mehreren nördlichen Bundesstaaten zu Gewaltakten gegen Christen gekommen. Mehr als 60 Kirchen wurden von Moslems niedergebrannt und tausende Häuser von Christen zerstört. Pastoren, Gemeindemitarbeiter und mindestens 50 christliche Dorfbewohner wurden getötet und verletzt.

Der [Spiegel](#) berichtet:

Am Dienstag waren allein sechs Menschen in der Stadt Kaduna ums Leben gekommen. Nach Angaben der Nachrichtenagentur AP lagen sechs verkohlte Leichen auf der Straße. Wütende Anhänger des früheren muslimischen Militärmachthabers Mohammed Buhari hatten in Kaduna und anderen Städten Häuser angezündet, als klar wurde, dass der Christ Jonathan die Wahl gewinnen würde. Tausende flohen vor den Krawallen,

ausgebrannte Minibusse und Autos säumten die Straßen.

In der nördlichen Stadt Kano wurden nach Angaben eines Priesters drei Kirchen in Brand gesteckt. Nigerianische Behörden bestätigten Todesfälle bei den Unruhen, die bereits seit dem Wahltag am Samstag andauern, Zahlen nannten sie vorerst aber nicht. Präsident Jonathan bat religiöse und politische Führer, die Gewalt zu verurteilen, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden. „Niemand will in ein Land investieren, in dem Menschen kämpfen, töten und zerstören“, sagte er am Dienstag.

Sein großer Vorsprung von zehn Millionen Stimmen hatte in dem zwischen Christen und Muslimen geteilten Land Spekulationen über Wahlbetrug genährt. Nach Angaben des Vorsitzenden der Wahlkommission, Attahiru Jega, erreichte Jonathan 22,4 Millionen Stimmen, Buhari 12,2 Millionen.

Norden gegen Süden, Muslime gegen Christen

Der Christ Jonathan war nach dem Tod seines muslimischen Vorgängers im Amt im vergangenen Jahr Präsident geworden. Seit Einführung der Demokratie in Nigeria vor zwölf Jahren hat Jonathans Partei, die Demokratische Volkspartei (PDP), die politische Landschaft des westafrikanischen Landes dominiert. Nach einem ungeschriebenen Abkommen wechseln sich Muslime und Christen im Land im Amt des Präsidenten ab.

Der Staat Nigeria mit seinen 150 Millionen Einwohnern ist zwischen dem muslimisch geprägten Norden und dem christlichen Süden geteilt. In mehreren Bundesstaaten des Nordens wird, obwohl sie unter der Gewalt des weltlichen Zentralstaates stehen, religiöses Recht nach der Scharia gesprochen. Im vergangenen Jahrzehnt kamen bei vordergründig religiös motivierten Zusammenstößen mehrere tausend Menschen ums Leben.

Ostern nicht zum „Hasenfest“ verkommen lassen



Ostern, das Auferstehungsfest Christi, ist der wichtigste Feiertag im christlichen Jahreskreis. Doch in den letzten Jahren ist es im Zug der Eier- und Hasenvermarktung und Schwärmereien zum Neuheidentum immer populärer geworden, Ostern auf die süßen Langohren zu reduzieren, zumal Hasen modern politisch-korrekt auch nicht zu christlich anmuten. „Hasenfest“, das klingt schon beinahe wie Opferfest oder Zuckerfest.

Eine Vorkämpferrolle unter jenen, die nicht einmal mehr den Namen beibehalten, sondern Ostern nur noch als „Hasenfest“ bezeichnen wollten, übernahm die Buchhandelskette Thalia (Foto), die bereits beim Boykott der Sarrazin-Bücher politisch-korrekt von sich reden machte ([PI berichtete](#)).

Sie hatte aber die Rechnung ohne den Bonner Stadtdechanten Wilfried Schumacher gemacht. Er ist nämlich einer, der sich entgegen dem oft gezeigten Kirchendhimmitum für Ostern als christliches Fest stark macht und der Christen dazu ermutigt, dass sie „Flagge zeigen sollen. Wir sollten aufpassen, dass aus dem Osterfest nicht das Hasenfest wird“.

Der Bonner *General-Anzeiger* [berichtet](#):

Auf seine Stellungnahme, die er auch im Pfarrbrief abgedruckt und als Diskussionsforum bei Facebook verlinkt hat, habe er bereits einigen Zuspruch erfahren.

Unmut gibt es auch bei Bonner Protestanten: „Uns haben Menschen angesprochen, die betroffen und entsetzt vor den Werbebannern standen und sich in ihrem Glauben verletzt fühlten“, sagte Superintendent Eckart Wüster. „Ich kann diese Empfindungen gut verstehen.“

Osterhase und Osterei seien an sich schöne Symbole: Das Ei als Zeichen für neues Leben, der Hase als Symbol für Leben und Fruchtbarkeit. „Das Problem entsteht dann, wenn das Symbol den Inhalt verdrängt.“ Es sei zudem fragwürdig, wie sehr kommerzielle Interessen die Alltagskultur dominieren, so Wüster weiter.

„Umso mehr ist es unsere Aufgabe, den Menschen immer wieder neu zu vermitteln, welchen Grund Ostern hat, nämlich das Fest der Auferstehung von Jesus Christus, dass also Gott den Tod besiegt hat. Es ist das wichtigste christliche Fest. Wer Ostern auf den Hasen reduziert, verliert diese Hoffnung auf ein Leben, das auch im Tod Bestand hat“, so Wüster.

„Thalia entschuldigt sich bei denjenigen, die sich mit unserer aktuellen Werbung in ihrem christlichen Glauben verletzt fühlen“, sagte am Montag die Sprecherin der Zentrale, Mirjam Berle, vom GA auf die Kirchenkritik angesprochen.

Mittlerweile hat Thalia zurückgerudert und ihre Werbung [auf „Osterfest“ geändert](#). Wilfried Schumacher sei Dank!

„Christus lebt, die Hasen sterben aus.“ ([Kurt Marti](#), Schweizer Theologe und Schriftsteller)

(Mit Dank an alle Spürnasen)



Wegen Finnland: FDP will EU-Verfahren ändern



Nach den Finnland-Wahlen hat der stellv. Vorsitzende im Haushaltsausschuss des EU-Parlaments, Alexander Alvaro (Foto), sein merkwürdiges Demokratieverständnis zum Besten gegeben. In einem Interview mit dem [Deutschlandradio Kultur](#) fordert der FDP-Politiker – zum Erstaunen des Moderators – ein geändertes Abstimmungsverfahren für den Euro-Rettungsschirm, um die geplanten Finanzhilfen für Portugal auch im Falle eines Neins aus Finnland zu ermöglichen.

Er stelle sich die Frage, warum solche Finanzhilfen einstimmig beschlossen werden müssten. „Ich glaube, eine Zustimmung von 80 Prozent wäre ausreichend“, sagte Alvaro. Andernfalls könnte ein kleines Land wie etwa Malta, das „im Verhältnis zu allen anderen Euro-Ländern doch eine sehr geringe Rolle spielt“, im Ernstfall durch sein Veto eine Notmaßnahme stoppen.

Die Wahre Finnen, die am Sonntag bei der Wahl in Finnland rund

ein Fünftel der Stimmen erhielt, lehnt eine Erhöhung der Garantiezusagen Finnlands für den Euro-Rettungsfonds ab. In Finnland müssen Euro-Finanzhilfen, wie sie etwa für Portugal geplant sind, vom Parlament abgeseget werden. (Quellen: AFP und [JF](#))

» alexander.alvaro@europarl.europa.eu

Video:

(Spürnase: Petra B.)

EU pumpt Hunderte Millionen in die Türkei

Und gleich passend zum letzten Artikel: Die EU pumpt [Hunderte Millionen Euro in die wohlhabende Türkei](#). Die baut dafür unter anderem Moscheen in Deutschland. Insgesamt gaben die EU-Mitglieder 2010 für Entwicklungshilfe 54 Milliarden Euro aus! Ob da alle Töpfe mitberechnet sind, ist aber höchst zweifelhaft! Das meiste Geld ist verpulvert. Natürlich verdient auch unsere Industrie mit, dazu finanzieren wir 50.000 deutsche Entwicklungshelfer. Aber insgesamt ist das Ergebnis mehr als negativ! Entweder fließen die Gelder in Länder, die eh schon nicht arm sind wie China (siehe unten), und im armen Afrika sieht man keine Fortschritte. Die Entwicklungshilfe in den Schwarzen Kontinent betrug seit 1960 nach anderen Berechnungen ungefähr 800 Milliarden Dollar. Das meiste haben korrupte Diktatoren eingesackt, Bürgerkriege und Völkermord wurden nirgends verhindert. Die beste

Entwicklungshilfe wäre keine Entwicklungshilfe, damit sich jedes Land selbst aus dem Sumpf ziehen muß!

Gaga! Entwicklungshilfe an China!

Gestern haben sich hier auch ein paar Korinthenkacker gegen das Nasenwasser von 14 Milliarden Euro an die Kirchen in 61 Jahren ausgesprochen, heute steht in BILD, daß der Bund der Steuerzahler [allein für das vergangene Jahr 27 Milliarden Euro Steuergelder](#) für zum Fenster hinausgeschmissen hält. China zum Beispiel erhält von uns um die 60 Mio Euro pro Jahr Entwicklungshilfe. Wir sind mit 2 Billionen Euro verschuldet, und China besitzt 2,4 Billionen Dollar Devisenreserven! Wir finanzieren auch Solarprojekte dort, um die Chinesen vom Atom wegzukriegen. In der Zwischenzeit beherrschen die Chinesen den Weltmarkt mit Solarzellen, und deutsche Firmen sind erdrückt! Das ganze Ausmaß der Gelder, die wir an China zahlen, liegt aber viel höher, da es noch aus anderen Töpfen kommt. So zahlt etwa das Bundesumweltministerium [120 Mio pro Jahr nach Peking!](#) Der Chinese lächelt und schweigt über soviel Dummheit!